

Hilflose Aufklärer

von RALPH BOLLMANN

»Holocaust Education« soll Deutschlands Schüler immun machen gegen »antidemokratische Tendenzen« jeder Art. Viele Lehrer fühlen sich von diesem Anspruch überfordert - jetzt hilft ihnen Steven Spielbergs Shoah Foundation mit einer CD-ROM auf die Sprünge

Die Zahlen wurden immer beängstigender. Im Frühjahr konnte der Soziologe Alphons Silbermann die Öffentlichkeit noch mit der Nachricht aufschrecken, dass jeder fünfte Jugendliche in Deutschland den Namen des Vernichtungslagers Auschwitz noch nie gehört hatte. Im Sommer kam es noch dicker: Die *Zeit* wusste zu berichten, zwei Drittel der jungen Deutschen im Alter zwischen vierzehn und achtzehn Jahren wüssten mit dem Begriff "Holocaust" nichts anzufangen.

Ein Anruf beim Bielefelder Emnid-Institut genügt, um herauszufinden: Ganz so schlimm ist es nicht. Erstens wissen die Achtzehnjährigen erheblich mehr als die Vierzehnjährigen - völlig ohne Ergebnis scheinen die Bemühungen der Lehrer also nicht zu sein. Und zweitens bezieht sich die Unkenntnis meist nur auf die Vokabel, nicht auf die Sache. Die Verfolgung und Ermordung der Juden ist den Schülern als historische Tatsache durchaus vertraut. Neunzig Prozent der Achtzehnjährigen wissen beispielsweise, dass die Juden einen gelben Stern tragen mussten. »Es ist nur der Begriff, den die Jugendlichen nicht kennen«, sagt Emnid-Meinungsforscher Dieter Walz. Dennoch: »Es ist skandalös, dass die Achtzehnjährigen nicht zu hundert Prozent Bescheid wissen«, findet Walz.

Helfen soll nun eine CD-ROM für den Schulgebrauch, auf der Steven Spielbergs Shoah Foundation erstmals einen Teil ihrer deutschsprachigen Interviews mit Zeitzeugen veröffentlicht. Die CD soll eine Lücke füllen, die bislang offenbar niemanden störte: Im Geschichtsunterricht der meisten Bundesländer spielt der Holocaust nur eine untergeordnete Rolle. In Berlin etwa sind am Ende der neunten Klasse rund zwanzig Stunden für den Nationalsozialismus vorgesehen. Der Aspekt »Mord und Völkermord« ist dabei

nur einer von sieben Punkten. Es bleiben also die drei letzten Unterrichtsstunden vor den Ferien, um den Schülern nicht nur die »Unmenschlichkeit des nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungssystems« nahe zu bringen, sondern auch - so der Lehrplan - die »Notwendigkeit der Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen«.

Wer als Schüler seine Kenntnisse über den Nationalsozialismus vertiefen will, der sollte tunlichst das Gymnasium besuchen. Denn kurz vor dem Abitur wird umso gründlicher nachgeholt, was in den unteren Klassenstufen planmäßig versäumt wurde. In den meist obligatorischen Grundkursen zu Geschichte oder »Politischer Weltkunde« wird das Thema relativ ausführlich behandelt. Wer das Fach Geschichte als Leistungskurs wählt, kann sich in vielen Bundesländern sogar ein halbes Jahr lang mit der Materie beschäftigen.

Bildungsplaner fürchteten bislang, sie könnten die Schüler der unteren Klassen mit der Thematik überfordern. Diese Sicht beginnt sich allmählich zu ändern. In Hessen wird neuerdings darüber diskutiert, den Holocaust bereits in der Grundschule zu behandeln. Schließlich, so argumentieren Erziehungswissenschaftler, seien auch die Zeitgenossen einst schon im Kindesalter mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik konfrontiert worden - ob nun als Täter, Opfer oder Zuschauer. Schlechter als die jetzige Lösung, pubertierende Neuntklässler mit der sensiblen Materie zu befassen, könne der Unterricht im Grundschulalter kaum sein, glauben viele Pädagogen.

Vorerst bleibt es dem persönlichen Engagement der Lehrer überlassen, wie sie mit dem Thema umgehen. Der Geschichtsunterricht spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle. Viel wichtiger ist häufig die literarische Vermittlung von Schicksalen, die im Deutschunterricht stattfindet. Auch den Religions-, Ethik- oder Politiklehrern lässt der Lehrplan oft einen sehr viel weiteren Spielraum. Was die Pädagogen in der Praxis daraus machen, darüber hat bisher niemand einen

Überblick. Das soll sich bald ändern: Die Hamburger **Forschungsstelle »Erziehung nach/über Auschwitz«** bereitet mit Unterstützung der Kultusministerien gerade eine solche Studie vor.

Für die Zwischenzeit soll die CD-ROM vor allem jenen Lehrern helfen, die sich an das Thema bisher nicht herantrauten. »Sie lässt sich auch in den schlechtesten Frontalunterricht einbauen«, sagt Projektleiter Heyl. Für Ahavia Scheindlin, die den europäischen Zweig der Shoah Foundation in Berlin leitet, liegen die Vorzüge der CD-ROM darin, dass sie die Statements der Zeitzeugen »in einem sehr unemotionalen Kontext« präsentiert und auf diese Weise zu Gesprächen anregt. Die Arbeit mit dem Medium solle »in den Köpfen der Schüler Fragen erzeugen«. Was sich daraus entwickle, hänge von Lehrern und Schülern ab.

Das Schulprojekt, bereits Anfang vorigen Jahres geplant, liegt nach der Debatte dieses Sommers plötzlich voll im Trend. Schon in den ersten Tagen nach der Vorstellung auf der Frankfurter Buchmesse gingen über tausend Bestellungen ein. Doch der Erfolg kann auch eine Gefahr sein - wenn die CD-ROM zur modernen Variante des Videorecorders wird, den ratlose Pädagogen seit seiner Erfindung zur Unterrichtung der Schützlinge einsetzen.

In den Niederlanden oder den Vereinigten Staaten gibt es längst eine rege Debatte über die Vermittlung des nationalsozialistischen Judenmords im Unterricht. Das Schlagwort »Holocaust Education« ist dort eine gängige Vokabel, die man besser nicht ins Deutsche übersetzt. Sonst könnte womöglich jemand auf den Gedanken kommen, bemerkte der Publizist Henryk M. Broder, hier solle gelehrt werden, »wie man einen Holocaust organisiert«.

Jener pädagogische Holzhammer, mit dem manch wohlmeinender Pädagoge Betroffenheit abfragte, gilt unter Experten längst als kontraproduktiv. »Jugendliche zeigen oft ein gesundes Misstrauen, wenn sie merken, dass eine unausgesprochene Erwartung an sie gestellt wird, sich mit jemandem oder einer Sache zu identifizieren«, glaubt Heyl. Die Deutschen dächten ohnehin zu sehr in Schwarzweiß-Kategorien, sagt Scheindlin. »Wir leben aber nicht in Schwarz und

Weiß, wir leben im Grau. Einer der wichtigsten Aspekte von Erziehung ist, im Grau leben zu lernen - zu lernen, in der Komplexität zu leben und kritisch zu denken«. Es gehe darum, den Schülern »die Kraft einer freien Gesellschaft« zu vermitteln. Versuche man hingegen, Parteien wie die NPD zu verbieten oder bestimmte Positionen mit einem Tabu zu belegen, gebe man ihnen einen exotischen Anstrich und mache sie damit attraktiv.

Zu diesem Bewusstsein der Komplexität gehört es nach Ansicht der CD-Macher auch, dass man den Schülern das Geschehen nicht nur aus einer schwarzweißen Täter-Opfer-Perspektive vermittelt. Es sei »dichter an der Lebensrealität der Schüler«, sagt Heyl, wenn sie sich in die Perspektive der Zuschauer hineinversetzten, in die Rolle jener Menschen, die Befehle ausführten oder verweigerten, zuschauten oder eingriffen. Wer mehr als nur vordergründige Betroffenheit erzeugen wolle, der müsse solche Ambivalenzen aufgreifen.

Wie auf vielen Gebieten, so hinkt die Schule auch im Umgang mit dem Holocaust dem der Gesellschaft hinterher. Dass dem Mord an den europäischen Juden heute im Geschichtsbewusstsein der Deutschen die zentrale Rolle zukommt, ist ein vergleichsweise junges Phänomen. So erstaunlich es im Nachhinein erscheinen mag: In der historischen Forschung standen zunächst andere Fragen im Vordergrund, vom Untergang der Weimarer Republik bis zur Außenpolitik des nationalsozialistischen Regimes. Auch viele Achtundsechziger spielten den singulären Charakter des Judenmords mit der verharmlosenden Floskel vom »deutschen Faschismus« herunter.

Mit der These, erst die Vernichtung der Juden mache Hitler zum »Verbrecher«, konnte der Publizist Sebastian Haffner 1978 noch Aufsehen erregen. Das erste Buch, das die Entscheidungsprozesse auf dem Weg zur »Endlösung« nachzeichnete, erschien erst 1995 - allerdings auch deshalb, weil wichtige Dokumente in osteuropäischen Archiven zuvor nicht zugänglich waren. Die Geschichte des Begriffs »Holocaust« spiegelt diesen Bewusstseinswandel. Er begegnete den Deutschen erstmals im Titel der gleich-

namigen Fernsehserie, die 1979 ausgestrahlt wurde. Seit etwa einem Jahrzehnt hat er den Täterbegriff der »Endlösung« ersetzt - auch das vielleicht ein Grund für die Probleme, die Deutschlands Schüler mit der Vokabel offenbar haben.

Die Konjunktur des Begriffs Holocaust in den vergangenen Jahren birgt allerdings auch Gefahren, vor allem die Gefahr der Instrumentalisierung. »Gestern Juden - heute Türken« stand auf einem Transparent, mit dem Demonstranten 1993 in Solingen gegen den Brandanschlag auf das Haus einer türkischen Familie protestierten. Solch eine platte Gleichsetzung wird beiden Seiten nicht gerecht. Dürfte man die Wohnungen von Einwanderern anzünden, wenn es den Holocaust nicht gegeben hätte? Haben es die Opfer des Holocaust verdient, schon wieder als Objekt statt als Subjekt betrachtet zu werden, diesmal als Instrument, der deutschen Gesellschaft Nachhilfe im Umgang mit kultureller Differenz zu erteilen?

»Es ist ziemlich kurzschlüssig, zu erwarten, dass Jugendliche durch die Behandlung des Themas Holocaust weniger rechtsextremistisch werden«, warnt Projektleiter Heyl vor derart vordergründigen Instrumentalisierungen. Genau das aber erwarten jene Politiker, die in der Debatte über rechte Gewalt mehr Aufklärung über den Holocaust forderten. Auf dem jüngsten Kongress der deut-

schen Historiker verlangte die Magdeburger Justiz-Staatssekretärin Mathilde Diederich (SPD), die Historiker müssten - um ihren Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus zu leisten - »Erfahrungen der Zeitzeugen an nachfolgende Generationen weitergeben«. Die Wissenschaftler wollten davon nichts wissen. »Man muss nichts vom Dritten Reich verstehen, um zu wissen, dass man nicht die Wohnung von Türken anzündet«, entgegnete der Freiburger NS-Forscher Ulrich Herbert.

Die methodische Frage, ob der Einsatz von Zeitzeugeninterviews überhaupt sinnvoll ist, erhitzt inzwischen kaum noch die Gemüter. Den längst gefundenen Konsens hat sich Bundespräsident Johannes Rau (SPD) für sein Grußwort zur CD-ROM aufschreiben lassen. »Zeitzeugen vermitteln uns kein ‚wahres‘ Bild der Vergangenheit als Daten und Fakten«, heißt es da, »weil Erinnerung subjektiv ist und sich mit der Zeit verändern kann. Aber Daten und Fakten allein spiegeln uns nicht das ‚wahre‘ Bild der Vergangenheit, weil sie die Bedeutung nicht einfangen können, die Geschehnisse für Menschen haben. Beide zusammen erst machen Blicke frei auf das ganze Bild dessen, was geschehen ist.«

RALPH BOLLMANN, 31, ist Redakteur im Berlinressort der taz

Grundkurs in Empathie - Das Thema Holocaust überfordert viele Lehrer, neue Unterrichtsmaterialien sollen ihnen helfen

von JEANNETTE GODDAR

Adolf Burger ist ein resoluter Mann. Einer, der seine Geschichte erzählt, weil er von seinem Auftrag überzeugt ist. Seit Jahren ist er Gast in den Aulen deutscher Schulen, stellt sich auf die Bühne, hängt Bilder, Lagepläne und Landkarten auf und setzt zur Schilderung seines Lebens an. In eindringlichen Worten spricht der 83-Jährige über eine Zeit, die den Schülern – wenn überhaupt – nur aus Filmen und Büchern bekannt ist. Er berichtet von seiner Arbeit an der Rampe des Vernichtungslagers Auschwitz. Burger erzählt, wie er sich um die Koffer derer kümmern musste, die in den Tod geschickt wurden. Und er sagt, dass seines Wissens nur sechs der tausend Slowaken, die mit ihm deportiert wurden, die Konzentrationslager überlebt haben.

Zwei Stunden dauert der Zeitzeugenbericht im Berliner Max-Taut-Oberstufenzentrum, und man würde erwarten, dass die Schüler gebannt an Burgers Lippen hängen. Doch nichts dergleichen: Schon nach zehn Minuten sieht der alte Mann sich genötigt, mehrere Jungen vor die Tür zu schicken, und auch dann kehrt keine Ruhe ein. Handys piepen, Tüten rascheln, es wird geflüstert, gegähnt, zuweilen auch gekichert.

Was Adolf Burger in Berlin erlebt, ist keine Seltenheit: Ob beim Auftritt von Zeitzeugen, beim Besuch von Gedenkstätten oder Filmvorführungen – immer wieder berichten Lehrer und Eltern von frustrierenden und erschreckenden Erfahrungen beim Bemühen, Jugendlichen die NS-Zeit zu vermitteln. Als erstes Bundesland hat Brandenburg nun beschlossen, das Problem ministeriell anzugehen: Bis zum 31. Januar 2001 sollen sämtliche Schulen dem Bildungsministerium darlegen, wie sie die Themen Nationalsozialismus und Holocaust behandeln. Anschließend wird sich eine Arbeitsgruppe mit der Frage beschäftigen, was in den einzelnen Klassenstufen sinnvoll ist. »Das heißt aber nicht, dass die NS-Zeit bisher an Schulen kein Thema war«, sagt ein Sprecher des Potsdamer Bildungsministeriums, »na-

türlich ist das längst für jeden Schüler Pflicht.«

Seit sich Ende der fünfziger Jahre erstmals nach dem Ende der NS-Diktatur antisemitische Vorfälle häuften, veröffentlichte die Kultusministerkonferenz in regelmäßigen Abständen Empfehlungen zur Behandlung des Nationalsozialismus im Unterricht. In der jüngsten Empfehlung aus dem Jahre 1991 heißt es unter anderem: »Alle Länder tragen Sorge dafür, dass die Erinnerung an den Holocaust wach gehalten wird«. Sämtliche föderalen Rahmenpläne sehen vor allem im Geschichtsunterricht der neunten und zehnten Klasse – wenn auch in vielen Bundesländern mit nur 20 Stunden – die Behandlung des Themas vor. Gymnasiasten werden in der Oberstufe nochmals ausführlicher mit dem Nationalsozialismus konfrontiert.

»Man stochert da noch sehr im Nebel«

Sich selbst überlassen bleiben die Lehrer allerdings bei der Frage, welche didaktischen Methoden sich am besten für den schwierigen Bildungsauftrag eignen. »Man stochert da noch sehr im Nebel«, sagt Matthias Heyl, Leiter der **Forschungs- und Arbeitsstelle Erziehung nach/über Auschwitz (FAS)** mit Sitz in Hamburg. Die FAS ist seit 1998 mit der Entwicklung von Materialien und der Fortbildung von Lehrern beschäftigt. Nun hat sie eine Studie vorbereitet, die auf breiter Ebene untersuchen soll, welche Erfahrungen und Erwartungen Jugendliche an die Behandlung des Holocaust im Unterricht knüpfen. Doch die Befragung scheitert bislang an der ungeklärten Finanzierung. Bremen hat als einziges Land seine Unterstützung zugesagt und ab Januar immerhin eine halbe Stelle für das Projekt geschaffen.

Nach allen bisherigen Erkenntnissen scheinen auf Anschaulichkeit bedachte Unterrichtseinheiten wie Zeitzeugenberichte oder Besuche von Gedenkstätten nicht unbedingt das Gefühl zu erzeugen, das Theodor W. Adorno als elementar für die »Erziehung nach Auschwitz« definiert

hat: Empathie. Nach Ansicht von FAS-Leiter Heyl ist der Ansatz, monothematisch Betroffenheit durch die Darstellung von Opfern zu erzeugen, problematisch. »Oft sind Schüler völlig überfordert mit der Erwartungshaltung: Ihr müsst jetzt aber betroffen sein«, sagt der Erziehungswissenschaftler und Historiker. Gerade für pubertierende Jungen sei es psychologisch häufig schwierig, sich mit Unterlegenen zu identifizieren. Die ausschließliche Beschäftigung mit der Opfer-Perspektive könnte von einer umfassenden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ablenken, meint Heyl. So werde die große Zahl der Täter und Zuschauer leicht übersehen. Darzustellen, wo all die Täter und Mitwisser hergekommen seien und was sie getrieben hätte, das sei letztlich die entscheidendere Aufgabe, so Heyl.

Seit kurzem können Lehrer in Deutschland immerhin eine deutlich breitere Palette an Unterrichtsmaterialien nutzen: Sowohl das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und das Goethe-Institut als auch die von Steven Spielberg gegründete Shoah Foundation haben Materialien zu Nationalsozialismus und Holocaust auf CD-Rom herausgegeben.

Die Schüler schlüpfen beim Planspiel in die Rolle der Täter

Auf der CD-Rom des Goethe-Instituts »Lernen aus der Geschichte« sind 50 erfolgreiche Projekte in Schulen und Ge-

denkstätten aus allen Bundesländern versammelt. Sie demonstrieren etwa, wie Schülergruppen in Gotha das jüdische Leben vor und nach 1933 in ihrer Stadt rekonstruieren oder wie Hannoveraner Schüler sich mithilfe eines Planspiels in die Rolle ehemaliger Reichsbahner bei den Deportationen versetzen. Dazu liefert die CD-Rom umfangreiche Begleittexte in deutscher und englischer Sprache zu Geschichte und Bildungspolitik sowie ein Adressenverzeichnis.

Die von der Shoah Foundation in Zusammenarbeit mit der Hamburger FAS, dem Cornelsen-Verlag und Pixelpark entwickelte CD-Rom »Erinnern für Gegenwart und Zukunft« stellt das Leben zweier jüdischer Zeitzeugen in den Mittelpunkt. Rund um die Interviews mit Irmgard Konrad und Hans Frankenthal, die das Leben im Nationalsozialismus aus ihrer Sicht schildern, bekommen Schüler und Lehrer zahlreiche Hintergrundinformationen zu Antisemitismus und Deportation sowie über den Widerstand gegen die Nationalsozialisten. Matthias Heyl warnt aber auch vor einer Überfrachtung der Erwartungen: »Eine Immunisierung gegen Rechtsextremismus«, meint Heyl, »kann auch der beste Geschichtsunterricht nicht leisten«.

Kontakt: **Forschungs- und Arbeitsstelle Erziehung nach/über Auschwitz (FAS)**, Postfach 522008, 22598 Hamburg, Telefon 040-432512-80, -81, Fax -82, Internet: www.fasena.de

Verständnis der Geschichte - Fremdenhass nicht gleich Holocaust

(epd) Schulbuchexperten haben davor gewarnt, Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik vorschnell mit der Geschichte des Holocaust zu verbinden. Eine Pädagogik im Sinne des Slogans »Damals waren es die Juden, heute sind es die Türken« greife zu kurz, schreibt Matthias Heyl von der Forschungs- und Arbeitsstelle »Erziehung nach/über Auschwitz« in der neuesten Ausgabe der »Informationen« des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig.

Eine solche Darstellung werde weder der historischen Situation der Juden noch der gesellschaftlichen Realität heutiger Migranten gerecht, meint Heyl. Es erschei-

ne ihm »kontraproduktiv, unangebracht und letztlich unmenschlich«, Auschwitz gleichsam als Folie für das Miteinander von Mehrheiten und Minderheiten einzuführen. Dies sei eine Form der Enthistorisierung, die das Verständnis der Geschichte weiter erschwere. Heyl schildert Beobachtungen aus der Schulpraxis, wonach Lehrer oft verunsichert oder mit überhöhten Erwartungen an das Thema herangehen. Die Folge sei eine "furchtsame Vermeidung", beziehungsweise eine von Schülern oft kritisierte Überaktivität des Lehrers. Die Arbeit mit Zeitzeugen kann, so Heyl in Übereinstimmung mit anderen Fachleuten, Jugendlichen einen Zugang zur Geschichte eröffnen.

Neue Fremdenfeindlichkeit von Vergangenheit trennen

BRAUNSCHWEIG, 3. Januar (epd). Schulbuchexperten haben davor gewarnt, Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik vorschnell mit der Geschichte des Holocaust zu verbinden. Eine Pädagogik im Sinne des Slogans »Damals waren es die Juden, heute sind es die Türken« greife zu kurz, schreibt Matthias Heyl von der Forschungs- und Arbeitsstelle »Erziehung nach / über

Auschwitz« in der neuesten Ausgabe der »Informationen« des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig.

Eine solche Darstellung werde weder der historischen Situation der Juden noch der gesellschaftlichen Realität heutiger Migranten gerecht.

Die Versäumnisse in der Schule nach Auschwitz

von NICOLE MASCHLER

Adornos Mahnung an die »Erziehung nach Auschwitz« war nur eine Idee. Im Schulalltag kommen Holocaust und NS-Zeit eher zufällig und abstrakt vor

BERLIN taz Seine Bilanz nach zwölf Monaten Amtszeit war mehr als düster. Das Ausmaß des Rechtsextremismus, stellte Paul Spiegel zum Jahreswechsel fest, sei erschreckend. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland scheute sich nicht, die Verantwortlichen zu

benennen. »Da muss es in vielen Elternhäusern und Schulen Versäumnisse gegeben haben.« Mitte Januar traf sich Spiegel daher mit der Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eva-Maria Stange - um die Schulen gegen rechts zu wappnen. Zu oft, so Spiegel, gingen Lehrer noch schuldbewusst an das Thema heran »oder ihm gar aus dem Wege«.

Die GEW-Chefin fordert auch von ihrer eigenen Klientel mehr Unterstützung - von den Lehrern. Eine systematische Fortbildung sei notwendig, so die aus Ostdeutschland stammende Stange, gerade in den neuen Bundesländern. Stange will nun Spiegel, die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Schulbuchverlage an einen Tisch bringen. Doch Stange bleibt skeptisch, denn die KMK sei »manchmal zu schwerfällig«.

Zwar hatte deren bisheriger Präsident Willi Lemke (SPD) gefordert, Adornos »kategorischen Imperativ« von der »Erziehung nach Auschwitz« auch heute noch als Handlungsanleitung zu nehmen. Im weiter gültigen Beschluss von 1978 bekundeten die Kultusminister, dass die Schulen »diesen Gegenstand entsprechend den Richtlinien und Lehrplänen mit besonderer Intensität behandeln« sollten. Trotz dieser Selbstbindung der Länder reagieren Kultusbeamte und Lehrer aber mit einer Mischung aus Aktionismus und Ratlosigkeit auf Rechtsextremismus.

Das Beispiel Nordrhein-Westfalens belegt das. »Die zurzeit gültigen Richtlinien/Lehrpläne für das Fach Geschichte ... weisen keine gemeinsame Konzeption und Struktur auf«, heißt es in einem Ländervergleich der KMK von 1997. Erstmals behandelt wird das Thema Nationalsozialismus und Holocaust in NRW in der zehnten Klasse. In der Oberstufe, betonen die Autoren, sollen die Lehrer die Fragestellungen dazu selbstständig entwickeln. Erfahrungen zeigten aber, dass das Thema nur »in der Regel« zum Geschichtsunterricht in der Oberstufe gehört.

Und Brandenburg, durch die fremdenfeindlichen Übergriffe des Sommers aufgeschreckt, hatte im August eine breit angelegte *Holocaust Education* angekündigt. Seit dem Herbst trifft sich eine Arbeitsgruppe aus Wissenschaftlern, Lehrkräften und Beamten des Bildungsministeriums, die bis Ende März einen entsprechenden Entwurf erarbeiten soll. Ab dem Schuljahr 2001/2002 soll das Thema Holocaust fächerübergreifend und

von der ersten bis zur 13. Klasse behandelt werden.

1999 startete Annette Imsande mit ihrer siebten Klasse am Gymnasium Strausberg ein Projekt zur Unterstützung der Holocaust-Gedenkstätte Yad Leyeled in Israel. Bei einem Besuch des Museums, das die Judenverfolgung speziell Kindern erklären soll, war der Lehrerin vor zwei Jahren aufgefallen, dass es keine deutsche Übersetzung der vom Tonband laufenden Tagebucheinträge und Briefe verfolgter jüdischer Kinder gab. Die Zwölf- bis Dreizehnjährigen, die daraufhin Texte in deutscher Sprache aufnahmen, seien durch die Erlebnisberichte aus Yad Leyeled »emotional berührt« gewesen.

Vom engen Begriff der *Holocaust Education* ist man indes im Potsdamer Bildungsministerium schon abgerückt. Erziehung zu Toleranz und Demokratie gehe »weit über Holocaust Education hinaus«, sagt Sprecher Martin Gorholt.

Tatsächlich ist es eine offene Frage, ob der Rückbezug aktueller Themen auf Auschwitz immer hilfreich ist. Matthias Heyl von der Hamburger »Forschungs- und Arbeitsstelle Erziehung nach/über Holocaust« warnt vor einer Pädagogik, die den Gegenwartsbezug im Sinne des Slogans »Damals waren es die Juden, heute sind es die ... ?« herstelle. Diese Form der Enthistorisierung sei »unangebracht«.

Ohnehin lässt ein Engagement wie in Strausberg kaum den Vergleich mit Regelunterricht zu. Die Gefahr sei groß, warnt Heyl, über dem »Minoritäten-diskurs« den Normalunterricht aus den Augen zu verlieren.

Die Sorge scheint nicht unberechtigt. 1998 haben Schweden, Großbritannien, die USA eine »Task Force« in Sachen Holocaust ins Leben gerufen. Die Task Force hat bisher vor allem durch eines von sich reden gemacht - durch Mammutkonferenzen, zum Beispiel einem Besuch von 30 Delegationen aus Ministerialbeamten und Wissenschaftlern in Buchenwald. Die Deutschen, betont eine KMK-Sprecherin, hätten darauf gedrungen, dass die Arbeit vor Ort nicht aus dem Blick gerät.

Macht der Maus. Ein Aufstand der Vernetzten stoppt erstmals eine rechtsradikale Hass-Site aus den USA

von CHRIS LÖWER

Andreas Eberhard vom Berliner Verein »Gegen das Vergessen für Demokratie« konnte es kaum glauben: Beim Surfen in Sachen Netz gegen Rechts stieß er auf die Seite »Neo-Germania«. Aus den horizontalen Linien der schwarz hinterlegten Site tropfte Fascho-Kitsch-mäßig Blut, in der »Hitlergalerie« düstere NS-Propagandabilder – und dann wurde es kriminell. Unter der mit zwei Totenköpfen versehenen Zeile »Feinde des Reiches« fand sich der Aufruf: »Gesicht zeigen! Vaterlandsverräter anprangern!« Es folgte eine Liste mit 29 deutschen Websites demokratischer Einrichtungen, Zeitungen (darunter auch DIE WOCHE und Aktivisten gegen Rechts. Die Hass-Seite nannte sogar die Postanschrift und E-Mail-Adresse der Domain-Inhaber. Dazu der Appell, weitere Adressen »linker Scheißseiten« für die »Feindliste« zu senden. Zuletzt die Anleitung, was mit der Liste zu tun sei: »Was ihr damit sollt!?! Nun ja ... denkt euch was aus, werdet kreativ!!!« Eberhard mailte einen Hinweis auf den leidlich verklausulierten Gewaltaufruf an die Hamburger **Forschungs- und Arbeitsstelle Erziehung nach/über Auschwitz (FAS)**. Deren Leiter Matthias Heyl schickte sofort die schlechte Nachricht an die Empfänger seines reichen E-Mail-Adressverzeichnisses weiter, informierte IT-Unternehmen wie Pixelpark und bat alle, aktiv zu werden. Sehr schnell reagierte der Verfassungsschutz, Landeskriminalämter rührten sich, Anwälte beurteilten die Seite als klaren, strafbaren Gewaltaufruf. Nur leider wurde die Site vom US-Server Freespeech.org betrieben und die Domain von dem kalifornischen Gratis-Provider Namezero.com betreut, was die Suche nach den Urhebern unmöglich machte. Hier endet normalerweise die Verfolgung. Aber sie ging weiter. Zusammen mit der deutschen Domain-Vergabestelle Denic und dem Webhoster 1&1 Puretec bombardierte die Armada aus Heyls Adressverteiler die Firma Free-speech.org mit Mails. Hacker kündigten Attacken an. Einen Tag später war die Site von »Neo-Germania« verschwunden. Matthias Heyl

weiß, dass der Erfolg wahrscheinlich nur von kurzer Dauer sein wird: Morgen kann die Homepage unter gleicher Adresse schon wieder bei einem anderen Server auftauchen. Die Sache ist für Heyl ein Präzedenzfall: »Das ist das erste Mal, dass eine auf einem amerikanischen Server geparkte Website deutscher Rechts-extremisten von dem Webhoster vom Netz genommen wird.« Die Hoster berufen sich sonst stets im Namen der Toleranz auf Meinungsfreiheit. Sowohl der Provider Namezero.com als auch der Server Freespeech.org gelten als seriöse Anbieter. In den allgemeinen Geschäftsbedingungen von Freespeech.org wird festgestellt, dass »hate speech« nach geltendem Recht zwar legal sei, rassistische, antisemitische und schwulenfeindliche Inhalte aber nicht geduldet und geahndet würden. In den USA bedarf es eines unverblühten, direkten Gewaltaufrufs, um gegen geltendes Recht zu verstoßen. Deutsche Sicherheitsbehörden kapitulieren vor so viel Meinungsfreiheit. Nazi-Hetzer haben leichtes Spiel, weil sie von jedem Land aus ihre hohlen Parolen und verdeckten Gewaltaufrufe elektronisch absondern können. »Wir können Sites aus dem Ausland nicht verbieten, wir können nur feststellen und beobachten«, sagt Hans-Gert Lange, Sprecher des Bundesverfassungsschutzes. »Gegen die besonderen Vorstellungen von Meinungsfreiheit in den USA sind wir ohnehin machtlos.« Nur wenn es gelingt, deutsche Drahtzieher ausfindig zu machen, droht rechtliche Verfolgung, das Strafgesetzbuch sieht für Volksverhetzung Strafen von drei Monaten bis fünf Jahren vor. In der Regel bleibt es bei einem Appell an den Provider, Hetzer abzuschalten. Helfen könnte eine internationale Rechtsvereinbarung über die Verfolgung Rechter im Netz. Nur: »Eine Rechtsangleichung mit den USA ist aussichtslos«, weiß Lange. Wie die Dinge stehen, helfen da nur wache Augen und virtuelle Zivilcourage. Heißt: eine Lawine lostreten, die Server zum Zusammenbrechen bringt; Hostern damit drohen, sie als Kunde zu verlassen, wenn sie Hate-Pages dulden. User gegen Rechts werden so wenigstens kurzzeitig Erfolg haben. Heyl: »Das Problem wird bleiben. Wir behalten die Szene im Auge, und sie uns.«

»Streitfall der Woche« [Auszug] - Bomberjacken aus den Schulen verbannen!

Vereinzelt haben Schulen in Nordrhein-Westfalen, Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ihren Schülern das Tragen von Springerstiefeln und Bomberjacken auf dem Schulgelände untersagt. Die meisten Politiker sprechen sich gegen landesweite Verbote aus und ermutigen die Bildungseinrichtungen zu individuellen Lösungen. Eine Kann-Regelung reicht jedoch nicht aus; die Beispiele müssten flächendeckend Schule machen. Bomberjacken und Springerstiefel dienen Neonazis als Uniform und werden von Mitschülern als bedrohlich wahrgenommen. Durch ein Verbot können zwar Gedanken und Gesinnung nicht verändert werden. Es macht aber deutlich, dass die Einstellung, die diese Jugendlichen nach außen tragen, nicht geduldet wird – durch konsequentes Handeln statt durch bloße Lippenbekenntnisse. Zur These der Woche nehmen Stellung:

Matthias Heyl

LEITER DER FORSCHUNGS- UND ARBEITSSTELLE (FAS) »ERZIEHUNG NACH/ÜBER AUSCHWITZ«

Springerstiefel sind Waffen und Bomberjacken Uniform. Wer das als vorpolitische „Jugendkultur“ abtut, ist naiv und lässt die im Stich, die versuchen, sich in einem schwierigen Alltag dagegen zu behaupten. Da und dort ist es rechten Gruppierungen schon gelungen, sich als Jugend-»Leit-Kultur« darzustellen. Selbst gestandene Lehrer und engagierte Schüler trauen sich an manchen Schulen nicht mehr dagegenzuhalten. Kleidungsverbote lösen das Problem nicht, setzen aber ein notwendiges Zeichen. Ein Verbot nimmt diese Art der Jugendkultur sogar ernster als alle akzeptierende Pädagogik, nämlich als das, was sie ist: eine nicht akzeptable Gewaltandrohung.

dpa

22. März 2001

RECHTSEXTREMISMUS IST AUCH AN SCHULEN IM NORDEN EIN PROBLEM Kiel (dpa/Ino) - Rechtsextremismus ist nach Ansicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auch an Schulen in Schleswig-Holstein ein Problem. Unter dem Motto "Der Norden gegen RechtsExtremismus" lud die GEW am Mittwoch gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschafts-Bund (DGB) zu einem Diskussionsforum nach Kiel.

In Gesprächen und Workshops mit Experten sollten die Pädagogen »fit gemacht werden, rechtsextremen Tendenzen stark zu begegnen«, sagte die GEW-Landesvorsitzende Rita Wittmaack. Unter den Pädagogen herrsche zum Teil große Hilflosigkeit, wie man mit rechtsextremen Tendenzen und Haltungen umgehen solle, sagte Wittmaack. »Aus Angst um den guten Ruf der Schule verleugnen viele das Problem, statt offensiv damit umzugehen.« In Zusammenarbeit mit der Hamburger **Forschungs- und Arbeitsstelle »Erziehung nach / über Auschwitz«**, Jugendprojekten gegen

Rechtsextremismus und Polizei stellten die Gewerkschaften den mehr als 100 Pädagogen Möglichkeiten vor, betroffenen Schülern zu begegnen.

Den Jugendlichen müsse klar gemacht werden, dass ihre Meinung nicht akzeptiert werde und man sich mit ihnen auseinander setze. "Gleichzeitig müssen die Schüler, unabhängig von ihrer Meinung, als Mensch natürlich voll akzeptiert werden", sagte Referent Matthias Heyl von der Hamburger **Forschungsstelle**. Allerdings seien solche Diskussionen zunehmend schwerer zu führen, »die Schüler argumentieren viel mehr als etwa noch vor zehn Jahren«, sagte Wittmaack. »In der Vergangenheit erfolgreiche Methoden, wie die Aufarbeitung von rechtsextremen Taten in der eigenen Stadt während der NS-Zeit, kommen bei den Jugendlichen nicht mehr so gut an«, berichtete Heyl. Oft werde von Lehrern versucht, Betroffenheit unter dem Nachwuchs auszulösen, historisches Wissen gerate dabei zur Nebensache. »Darauf lassen sich viele nicht mehr ein.«

Nazi-Parolen bei AOL

Im weltweit größten Online-Dienst tummeln sich Rechtsextremisten

Von GÜNTHER HÖRBST

Hamburg - Die Verfassungsschützer kommen mit dem Zählen nicht mehr hinterher: Mehr als 800 deutsche Homepages mit rechtsextremem Inhalt wurden bereits gefunden. Die meisten davon werden über dubiose amerikanische Server-Anbieter verbreitet. Kontrolle ist kaum, Strafverfolgung gar nicht möglich. Scheinbar mehr Sicherheit bieten da die seriösen Online-Dienste.

Doch nun entdeckte die Hamburger Forschungs- und Arbeitsstelle »Erziehung nach/über Auschwitz« (FAS): Im Mitgliederverzeichnis des weltweit größten Online-Dienstes AOL verbreiten Neonazis zu Tausenden ihren abscheulichen Dumpsinn.

»Wir haben das Mitgliederverzeichnis nach Schlüsselbegriffen wie 'holocaust', 'juden' oder 'arisch' durchsucht«, sagt FAS-Leiter Matthias Heyl. »Unzählige Profile lassen schon beim Mitgliedsnamen die rechte Gesinnung erkennen.« Beispiele: AOL-Mitglied »III Reich 1« nennt unter der Rubrik Mitgliedsname »Adolf«. Seine Hobbys: »Juden vergasen, Sinti und Roma jagen.« In vielen Namen kommen auch die einschlägigen Nazi-Codes vor, wie etwa die Zahl 88 - die acht steht für den achten Buchstaben des Alphabets, also H. HH bedeutet demnach »Heil Hitler«.

Der Name »Juden morden 88« kommt so auch in jeder E-Mail-Adresse vor. Das AOL-Mitglied, das als Motto »Juden has-

sen« vorgibt, verschickt unter »Juden morden 88@aol.com« schon in der Adresse eine eindeutige Botschaft um die Welt. Unter dem Suchbegriff »Heil Hitler« erhält man 37 Treffer, unter anderem den Kollegen »NaziPanzer1939« mit dem Mitgliedsnamen »Adolf Hitler«. Sein Motto: »Wenn du ein Jude bist, werde ich dir den Hals umdrehen.«

Die Liste ließe sich beliebig lange fortsetzen. AOL, mit 31 Millionen Mitgliedern weltweit größter Online-Dienst, ist die Sache unangenehm. »Wir verurteilen das aufs Schärfste«, sagt Jens Nordlohne, Sprecher von AOL-Deutschland, dem Abendblatt. »Solche Mitglieder haben bei uns nichts zu suchen. Wir werfen die raus, sobald wir einen Tipp bekommen.« Das sei nun auch passiert. Das Problem: Die meisten der genannten Profile seien in den USA angelegt worden. »Da können wir von hier aus leider nichts machen«, so Nordlohne.

AOL-Deutschland hat die amerikanischen Kollegen jedoch auf das Problem aufmerksam gemacht, ihnen auch eine umfangreiche Einschätzung mitgeliefert. »Die Amerikaner«, so der Sprecher, »gehen da aber leider nicht so hart ran wie wir. Die haben bislang solche Mitglieder erst mal verwarnt und ihnen gesagt: 'Nehmt das Profil vom Netz'.« Nordlohne hofft nun, dass auch AOL-Amerika nach der erneuten Erinnerung von gestern Ernst macht und die rechtsextremistischen Ideologen rauswirft.

»Betroffenheitspädagogik greift nicht«

Matthias Heyl, der Leiter der Hamburger Forschungs- und Arbeitsstelle "Erziehung nach/über Auschwitz" über die Schwierigkeit, Migrantenkindern den Holocaust zu erklären und Mitgefühl mit den Opfern zu wecken

taz: Trägt der Geschichtsunterricht zum Nationalsozialismus der heterogenen Schülerschaft Rechnung?

Matthias Heyl: In den Unterrichtsplänen taucht die Frage der Multikulturalität für die Behandlung des Themas Nationalsozialismus kaum auf. Man fängt gerade an, über interkulturellen Geschichtsunterricht nachzudenken. Umgekehrt glauben aber viele Lehrer, der Umweg über Auschwitz bringe Jugendliche zu einer positiveren Haltung gegenüber Minderheiten. Das führt in die Irre.

Weshalb?

Dieses »Damals waren es die Juden, heute sind es die Türken« wird weder den Juden in Nazideutschland noch Migranten in der Bundesrepublik gerecht. Und es ist doch auch eine gnadenlose Pädagogik, die türkischen Jugendlichen vermittelt: »Auschwitz ist die Folie, vor der ihr eure Zukunft sehen müsst.«

Also brauchen die Lehrer Nachhilfe?

Wir haben die Lehrerfortbildungen in den Ländern zu den Themen NS-Zeit und Holocaust für die vergangenen zehn Jahre untersucht. Mit den Seminaren wurde nur ein Bruchteil der in Frage kommenden Lehrer erreicht. Und die Herausforderung, das Thema in multikulturellen Klassen zu behandeln, ist dabei nur in Einzelfällen Gegenstand gewesen. Ein grundsätzliches Problem ist, dass es kaum Austausch zwischen Erziehungswissenschaft, pädagogischer Praxis und Politik gibt.

Was müsste denn anders gemacht werden?

Mit zeitlichem Abstand zur NS-Zeit muss man über neue Methoden nachdenken, etwa den Einsatz neuer Medien. Es geht aber noch um etwas anderes. In einer Klasse habe ich erlebt, wie der einzige Schüler afrikanischer Herkunft neben dem einzigen Skinhead saß und sagte, ihm gingen die alten Menschen am Arsch vorbei, die um ihre ermordeten Eltern

weinten. Wir müssen den Jugendlichen Empathie vermitteln.

Wie kann man denn Empathie vermitteln?

Ich höre von Lehrern auf Fortbildungen, dass es vor allem um ein verändertes Arbeiten geht. Die stellen aber auch fest, dass sie bei ihren Schülern mit deutschem Hintergrund ganz anders vorgehen müssen. Die Verunsicherung der Lehrer ist also viel existenzieller. Eine bestimmte Form der Betroffenheitspädagogik greift nicht mehr. In den Siebzigerjahren haben wir Formen von identifikatorischem Lernen entwickelt und geschaut, was damals »vor Ort« passiert ist. Wenn die Jugendlichen aber in einer Neubausiedlung in Berlin-Marzahn leben, wo diese Geschichte so nicht stattgefunden hat, und sie sich auch nicht mit dem Stadtteil identifizieren, funktioniert das nicht mehr.

15-, 16-Jährige wollen nicht in die Opferrolle gedrängt werden. Für Jugendliche, die wegen ihrer Herkunft stigmatisiert werden, ist das doppelt schwer. Das größte Problem scheint mir, dass viele Jugendliche selbst so wenig Empathie erfahren.

Wie könnten neue Unterrichtsformen aussehen?

In einer Hamburger Klasse, die sich überwiegend aus jungen Migranten zusammensetzte, sollten die Schüler Texte in ihrer Muttersprache zum Zweiten Weltkrieg und zur Judenverfolgung mitbringen. Sie übersetzten die Texte und wiesen sich gegenseitig Blindstellen in ihren Herkunftsgesellschaften nach. Der Lehrer und die »deutschen« Schüler haben das aber nicht genutzt, um von der eigenen Geschichte abzulenken. So kann man ins Gespräch kommen. Solche Modelle sind auch deshalb interessant, weil auch die Kompetenz von Schülern anderer Herkunft gefragt ist.

Eine Schülerin aus der Türkei forschte nach und stellte fest, dass ihre kurdische

Familie an der Verfolgung von Armeniern beteiligt war. Bei Genoziden sind oft bestimmte Elemente übertragbar, und uns muss interessieren, wie aus Menschen

Täter werden. Da liegt das Wiederholungsrisiko, mit dem man sich auseinandersetzen muss.

INTERVIEW: NICOLE MASCHLER

NETZEITUNG.DE

6. November 2001

Rechtsextreme imitieren Nachrichten-Sites

Drei Websites ahmen dreist die Namen renommierter deutscher Medien nach. Der Inhalt der Sites: Rechtsextremistische Satire, böse Witze und entstellende Prominenten-Fotos.

Drei Websites imitieren seit mehreren Monaten die Namen und teilweise auch Layout der Webauftritte von »Focus«, »Spiegel« und »Stern TV«. Unter den Titeln »Locus Online« und »Spitzel Online« bieten zwei der Webangebote »satirische« Inhalte: Die Betreiber geben vor, gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit zu kämpfen. Unter dem Deckmantel der Satire wird diese Ankündigung in ihr Gegenteil verkehrt.

Auf beiden Websites werden Prominente verspottet, die sich gegen rechtsextreme Tendenzen in der Gesellschaft wenden. Zudem wird die Gefahr rechtsextremistischer Gruppierungen in fingierten Pressemitteilungen und Interviews verharmlost. Böse Witze über Randgruppen komplettieren das Angebot.

»Die Seiten formulieren zwar vorsichtig, lassen jedoch deutlich die klassischen Mittel antisemitischer Propaganda erkennen«, sagt Matthias Heyl von der »Forschungs- und Arbeitsstelle »Erziehung nach und über Auschwitz« (FAS) in Hamburg. Die FAS konnte die Herkunft der Seiten nach eigenen Angaben bis auf deutsche und österreichische Server verfolgen.

Drohungen gegen »Spiegel«-Imitation wirksam

Nach eigenen Angaben machte FAS »Focus« und »Spiegel« schon im August auf

die Imitations-Seiten aufmerksam. Der »Spiegel« reagierte umgehend und zwang »Spitzel Online« mit juristischen Drohungen, sein Design sofort zu verändern. Die Domain war seitdem einige Zeit offline, ist aber – mit verändertem Aussehen – derzeit wieder verfügbar. Nach Angaben von FAS hat »Focus« hingegen noch nicht auf den Namens- und Design-Klau im Netz reagiert.

Antiisraelismus auf Imitat-Seite von »Stern-TV«

Ohne satirische Färbung präsentiert sich ein Webangebot mit dem Namen »Stern TV«. Der Name und Teile der Seiten-Gestaltung imitieren offen das Fernseh-Politmagazin. Die Seiten bieten unter anderem eine »Dokumentation jüdischer Verbrechen« an den Palästinensern. Darin wird Israel des mörderischen Nationalismus bezichtigt. Hinzu kommen kaum verhohlene antisemitische und antiisraelische Inhalte. Die FAS wies den »Stern« am Montag auf das Webangebot hin. Der will jetzt juristische Schritte prüfen.

FAS-Mitarbeiter Heyl vermutet, dass alle drei Websites denselben Betreiber haben. »Dies legen inhaltliche und gestalterische Überschneidungen nahe«, so Heyl. »Der Humor und die rechtsextreme Positionierung ähneln sich deutlich.«

Stern-TV-Imitat existiert nicht mehr

Die rechtsextreme Web-Kopie von »Stern TV« ist seit Freitag offline. Der »Stern« hatte den Betreiber der Website abgemahnt.

Die Androhung juristischer Schritte hatte Erfolg: Seit Freitag ist eine rechtsextreme, deutschsprachige Website mit dem Namen »Stern TV« nicht mehr verfügbar. Name und Teile der Seiten-Gestaltung hatten das gleichnamige Fernseh-Politmagazin dreist imitiert.

Die »Forschungs- und Arbeitsstelle »Erziehung nach und über Auschwitz« (FAS) in Hamburg hatte den »Stern« am vergangenen Montag auf die böartige

Kopie hingewiesen. Über die Geschäftsstelle seines Verlagshauses »Gruner und Jahr« in New York schickte der »Stern« dem Betreiber daraufhin eine Abmahnung. »Das war nicht so einfach, weil der Server irgendwo in der Karibik steht«, so Stern-Sprecher Frank Plümer gegenüber der Netzeitung. »Aber wir haben argumentiert, unsere Markenrechte seien grob verletzt – das hat offensichtlich gefruchtet.« (nz)

»Focus Online« geht gegen rechte »Lokus Online« vor

Seit August weiß man bei »Focus Online« eigentlich schon, dass eine rechtsextremistische Internetseite das Logo des Nachrichtenportals benutzt. Nun will man dagegen vorgehen.

Die rechtsextremistische Internetseite »Stern TV« ist seit dem 9. November vom Netz, »Spitzel Online« hielt sich bis zum 12. November. Beiden Seiten war gemeinsam, dass sie recht offensichtlich »Stern TV« beziehungsweise »Spiegel Online« in Namen oder Erscheinungsbild kopierten, und auf ihren Internetseiten rechtsextremistischen Propaganda getarnt als Satire verbreiteten.

Das gleiche gilt für »Lokus Online«, dass daher kommt wie »Focus Online«. Während man bei »Spiegel« und »Stern« aber recht schnell reagierte, und dafür sorgte, dass die rechtsextremistischen Satire-Seiten aus dem Netz genommen werden, kann man »Lokus Online« immer noch besuchen. Dabei hatte die Forschungs- und Arbeitsstelle »Erziehung nach und über Auschwitz« (FAS) die Chefredakteure von »Focus Online« schon im August per E-Mail auf die Internetpräsenz hingewiesen.

Bis zum gestrigen Dienstag hatte FAS-Leiter Matthias Heyl allerdings vergeblich

auf eine Reaktion gewartet, wie er der Netzeitung sagte.

»Wir gehen jetzt dagegen vor«

Und auch die Kanzlei Prof. Schweizer, die »Focus Online« in solchen Angelegenheiten vertritt, erfuhr erst durch die Nachfrage der Netzeitung von »Lokus Online«. »Wir wissen das erst seit heute, gehen jetzt aber so schnell wie möglich dagegen vor«, sagte der zuständige Rechtsanwalt Thomas Silberhorn.

Lisi Binder, Chefin vom Dienst bei »Focus Online«, sagte, sie habe ebenfalls erst am Dienstag durch eine E-Mail von der Sache erfahren, die sie dann an die Rechtsanwälte weiter geleitet habe. Dabei handelte es sich jedoch um eine Nachricht, die Matthias Heyl am Montag noch einmal an »Focus Online« geschickt hatte.

Verbleib der E-Mail zunächst ungeklärt

Der Verbleib der FAS-Mail vom August war zunächst ungeklärt. Die stellvertre-

tende Chefredakteurin, eine Adressatin der Nachricht, weilt derzeit im Urlaub und Chefredakteur Jürgen Marks, der ebenfalls von Heyl angeschrieben wurde, schien sich erst gar nicht um derlei Angelegenheiten zu kümmern. Für die Netzeitung war er zunächst nicht zu sprechen.

Mittlerweile erklärte er jedoch gegenüber der Netzeitung, dass Heyls E-Mail bereits am 29. August bei »Focus Online« eingegangen sei. »Wir haben die Nachricht

am 30. August an unsere Kanzlei weiter geleitet«, sagte Marks.

Bis die Seite nun vom Netz ist, wofür Rechtsanwalt Silberhorn recht gute Chancen sieht, wird es also noch etwas dauern. Matthias Heyl ärgert sich dementsprechend. »Wenn Kinder über den Holocaust recherchieren, stoßen sie leider immer wieder auf solche Seiten«, sagte er. Außerdem seien sie alles andere als »dumm gemacht«. Durch die satirische Herangehensweise, seien die Seiten gerade für Kinder und Jugendliche leider nicht uninteressant.

FAIR USE NOTICE: This file may contain copyrighted material the use of which has not always been specifically authorized by the copyright owner. We are making such material available in our efforts to advance understanding of political, human rights, economic, democracy, scientific, environmental, and social justice issues, etc. We believe this constitutes a 'fair use' of any such copyrighted material as provided for in section 107 of the US Copyright Law. In accordance with Title 17 U.S.C. Section 107, the material on this site is distributed without profit to those who have expressed a prior interest in receiving the included information for research and educational purposes. If you wish to use copyrighted material from this site for purposes of your own that go beyond 'fair use', you must obtain permission from the copyright owner.
